

Haushaltsrede 28.04.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Rat der Stadt Overath berät heute abschließend über den zweiten NKF-Haushalt der Stadt Overath. Ursprünglich zum Jahresende 2009 vorgesehen, hat der Rat einstimmig eine Verschiebung der Haushaltsverabschiedung auf den heutigen Tage beschlossen. Grundlage dieses Beschlusses war nach einer vorangegangenen Vorab-Beratung mit der Kommunalaufsicht der gemeinsame Wille aller Fraktionen sowie der Verwaltung, durch eine ergänzende Produktdarstellung der sogenannten Soll- und Kann- Leistungen nach Möglichkeit eine Verbesserung der in diesem Bereich betroffenen Institutionen zu erzielen.

Diese Verschiebung der Haushaltsverabschiedung war zum damaligen Zeitpunkt geboten und wird sich im Nachhinein hoffentlich auch als richtig erwiesen. Auf diese besondere Thematik komme ich später noch detailliert zu sprechen.

Vorab jedoch einige Anmerkungen zu der allgemeinen Haushaltsituation der Stadt Overath:

1. Die Stadt Overath befindet sich im Haushaltsjahr 2010 im nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept und untersteht damit der vorläufigen Haushaltsführung unter der Aufsicht der Kommunalaufsicht.

Der Gesamtergebnisplan für das Haushaltsjahr 2010 enthält gerundet Aufwendungen von 50,2 Mio € und Erträge in Höhe von 41,3 Mio €. Das negative Jahresplanungsergebnis beläuft sich insgesamt auf ca. 10,4 Mio. Euro. Dies bedingt, dass nicht nur die Ausgleichsrücklage, sondern die allgemeine Rücklage, d.h. das Eigenkapital in Anspruch genommen werden muss.

Bei der Betrachtung der Ergebnisplanung des Jahres 2010 wird dabei deutlich, dass die Erträge in diesem Haushaltsjahr dramatisch zurückgegangen sind und zwar gegenüber der Finanzplanung um ca. 5,4 Mio. Euro. Dies ist auf einen erheblichen Rückgang der Erträge bei der Gewerbesteuer von ca. 2,5 Mio. Euro und dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in etwa gleicher Höhe zurückzuführen.

Schon diese Zahlen machen deutlich, dass zum einen die Finanznot in der Stadt Overath nicht erst in den vergangenen Haushaltsjahren begründet worden ist, und zum anderen, dass aus Sicht der Kommunen ein strukturelles Defizit besteht. Letzteres besteht darin, dass republikweit die kommunalen Einnahmen dramatisch einbrechen. In vielen Kommunen fehlen von einem auf das nächste Haushaltsjahr 30 % bis 40 % Einnahmen. Im Fall der Stadt Overath bedeutet dies wie ausgeführt, im Verhältnis zu ursprünglichen Finanzplanung einen Minderbetrag von gut 5 Mio. Euro.

Demgegenüber sieht der Haushaltsplan 2010 Investitionen in Höhe von gerundet 5 Mio. Euro vor. Dabei fallen lediglich ca. 950.000 € auf die Neuaufnahme von Krediten, da die Stadt Overath bekanntlich im Rahmen des Nothaushaltsrechts Kredite nur in Höhe von 2/3 der Tilgung aufnehmen darf. Sie ist damit an dieser Stelle einer verordneten Schuldenbremse unterworfen. Dies wiederum bedeutet, dass die Investitionstätigkeit der Stadt Overath stark eingeschränkt ist.

Es stellt sich daher die Frage, ob und ggf. wie die Stadt Overath aus eigener Kraft in der Lage sein kann, diese Finanzmisere zu beheben, jedenfalls dergestalt, ein Haushaltssicherungskonzept nicht mehr aufstellen zu müssen. Mit dieser schwierigen, komplexen aber auch bedeutsamen Materie der Haushaltskonsolidierung befasst sich in Overath seit kurzem der gegründete Arbeitskreis. Nach den ersten gesammelten Erfahrungen ist erkennbar, dass alle Fraktionen sowie die Verwaltung darum bemüht sind, diese Frage sachlich strukturiert zu untersuchen. Es wird darum gehen, etwaige noch nicht erkannte Sparpotentiale aufzutun und mögliche notwendige strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Hierzu müssen und werden Vergleiche mit anderen Kommunen vorgenommen und ggf. genutzt werden. Erforderlich ist dabei, die richtigen Kennzahlen zu ermitteln, damit das integrale Element des neuen Haushaltsrechtes, nämlich die Steuerung über Ziele und Kennzahlen, angewandt werden kann. Hierauf hatte zutreffend auch Herr Dr. Gnädiger in seinem Vortrag hingewiesen.

Bei dieser zutreffenden und notwendigen Overath-spezifischen Betrachtungsweise darf jedoch nicht verkannt werden, dass die Stadt Overath wie nahezu alle anderen Kommunen nachweisbar unter einem grundsätzlichen Strukturproblem leidet. Dieses besteht darin, dass auf der einen Seite Ausgaben für soziale Leistungen in den vergangenen Jahren bereits stark angestiegen sind, und nach allen Prognosen voraussichtlich ab 2010 einen erneuten erheblichen Anstieg zu verzeichnen haben werden. Auf der anderen Seite sind die Kommunen nach wie vor der Unkalkulierbarkeit auf der Einnahmenseite unterworfen.

Aktuell brechen die kommunalen Einnahmen dramatisch ein, da die Gewerbesteuererträge und auch die Einkommensteueranteile sich konjunkturbedingt erheblich verringert haben. Es ist daher ein dringendes Erfordernis, dass die Städte und Gemeinden nicht länger auf diese unkalkulierbare Einnahmeart angewiesen sind. Es bleibt zu hoffen, dass die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur „Neuordnung der Finanzen“ eine strukturelle Neuausrichtung zu Gunsten der Kommunen vornimmt. Der Ansatz, über einen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag an die Einkommens- und Körperschaftssteuer mit einem Hebesatz nachzudenken, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt zu hoffen, dass ein nachhaltiges Ergebnis für die Kommunen erreicht werden kann.

2. Gleichwohl die Stadt Overath, wie bereits eingangs erläutert, aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung in ihrer Investitionsmöglichkeit stark eingeschränkt ist, sieht auch der diesjährige Haushalt nicht unerhebliche Investitionen sowie Zuschüsse im Bereich der Soll- und Kann-Ausgaben vor. Zu diesen Ausgaben, die den Haushalt 2010 sowie die nachfolgenden Haushaltsjahre maßgeblich prägen, besteht in Teilen interfraktionelles Einverständnis, zum Teil werden jedoch deutlich unterschiedliche Auffassungen vertreten.

a. Im Bereich der Investitionsmaßnahmen hat dabei ein Projekt wie kein anderes im Blickpunkt auch der Öffentlichkeit gestanden, nämlich der Neubau der Turnhalle in Immekeppel.

Dabei ist grundsätzlich unstrittig, dass in Immekeppel dringend eine neue Turnhalle benötigt wird. Unterschiedlich Ansichten bestehen bezüglich der Dimension und zu der Frage, ob ergänzend zu dem sportlichen Angebot auch eine Versammlungsfläche geschaffen werden soll.

Die CDU-Fraktion hat sich in der Vergangenheit bereits deutlich dahingehend positioniert, dass hinsichtlich der Turnhalle nur eine Zweifachturnhalle in Frage kommen kann. Zu dieser festen Überzeugung kommen wir aufgrund des eindeutig gegebenen sportlichen Bedarfs. Dieser Bedarf definiert sich heute anders vor 30 Jahren, als mit einer Einfachhalle das Spektrum sportlicher Betätigung für einen ganzen Ort abgedeckt war. Schule, Offene Ganztagsschule und Vereinssport ergeben heutzutage einen veränderten, weitergehenden Raumbedarf, insbesondere in der engen Verflechtung von Schule, Bildung und Sport. Eine Einfachhalle ist nicht mehr in der Lage, den Anforderungen des Sports von heute zu genügen. Der Bedarf an einer Zweifachhalle ist eindeutig gegeben und lässt sich nachweisen.

Dabei ergibt sich der Bedarf zum einen aus der Situation des örtlichen Vereins TUS Immekeppel, zum anderen aus dem der anderen Overather Vereine. Der Sportverein TUS Immekeppel konnte in einer eigens hierzu anberaumten Sitzung schlüssig darlegen, dass er aufgrund der derzeitigen Situation schlichtweg daran gehindert ist, gewünschte Hallensportarten anzubieten bzw. diese zu erweitern. Es wurde deutlich, dass bereits die bestehende Nachfrage über das Angebot einer Einfachhalle hinausgeht. Im Rahmen einer Investition, die die diesbezügliche Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte bestimmt, ist daher nicht nur der aktuelle Bedarf zu werten, sondern auch die Notwendigkeit zu beachten, einem Verein die Möglichkeit zu eröffnen, sein Angebotsspektrum erweitern zu können. Dies bedeutet, dass bereits aus der Perspektive des Ortsvereins TUS Immekeppel der Bau einer Zweifachen Turnhalle gerechtfertigt ist. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass vor ca. drei Jahren im Ortsteil Marialinden ebenfalls eine Zweifachturnhalle gebaut wurde. Diese Halle ist heute durchgehend belegt, weil den entsprechenden Nachfragen von Verein und Schule endlich Angebote gegenübergestellt werden konnten. In Kenntnis dieser Erfahrung und Entwicklung wäre es geradezu fahrlässig, heute in Immekeppel lediglich eine Einfachhalle zu bauen und damit am Bedarf vorbei zu planen.

Erst recht wird der Bedarf einer Zweifachhalle deutlich, betrachtet man die Hallennöte der anderen Overather Sportvereine. Wer sich mit dem Vereinssport auskennt weiß, dass die Hallen im Overather Stadtgebiet derzeit die Nachfrage der Sportvereine nicht ausreichend bedienen können. Beispielhaft aufgeführt seien hier die Handballer des SSV Overath, die über zu knappe Hallenzeiten für Ihren Wettkampfsport klagen und vor diesem Hintergrund ausdrücklich für den Bau einer Zweifachturnhalle in Immekeppel plädieren, sowie der Heiligenhauser Sportverein, der ca. 1/3 seiner Hallensportler derzeit in Overather Hallen auslagern muss, und trotzdem noch nach weiteren Hallenkapazitäten sucht, um die weitergehenden Anfragen bedienen zu können. Der Aufbau zusätzlicher Abteilungen wie z.B. Basketball als Leistungssport oder Leichtathletik sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt.

Die tatsächliche Praxis vor Ort bzw. das Angebot-Nachfrage-Verhältnis in der Stadt Overath sprechen mithin eine eindeutige Sprache. Die Zweifachturnhalle Immekeppel ist mithin eine Entscheidung für den Sport im gesamten Stadtgebiet Overath und dient den Interessen nicht nur eines Vereines. Auch aus diesem Grunde wird der Bau einer Zweifachturnhalle vom Stadtsportbund ausdrücklich begrüßt.

War die Zweifachturnhalle Immekeppel zunächst als Turnhalle mit Mehrzweckfunktion geplant, soll sie nunmehr nach unserer Auffassung ohne eine solche Mehrzweckfunktion, jedoch mit einer integrierten eigenen Versammlungsstätte erstellt werden.

Zu der Frage, ob es notwendig ist, eine solche Versammlungsstätte zu schaffen, hat die CDU-Fraktion ebenfalls eine klare Position: Immekeppel hat derzeit keine zentrale Veranstaltungsfläche, wie dies derzeit z.B. in Marialinden, Heiligenhaus oder Untereschbach der Fall ist. Der Bau der Turnhalle bietet nunmehr die Möglichkeit, eine solche adäquate Versammlungsstelle für den Ort Immekeppel und seine Vereine zu schaffen. Insoweit setzen wir einen einstimmigen Beschluss des Stadtrates um, demnach die Stadt sich verpflichtet, in den jeweiligen Ortsteilen angemessene Versammlungsstätten zu schaffen bzw. zu erhalten. Dem wiederum liegt zugrunde unsere grundsätzliche Ausrichtung, nicht zu zentralisieren, sondern die Infrastrukturen in unseren einzelnen Kirchdörfern zu erhalten und zu stärken. Die Aufrechterhaltung der dezentralen Struktur in der Stadt Overath ist nach unserer festen Überzeugung die einzig richtige perspektivische Weiterentwicklung in unserer Stadt. Insoweit erteilen wir den gegensätzlichen Forderungen insbesondere der SPD nach Schaffung zentraler Strukturen eine klare Absage. Die Attraktivität unserer einzelnen Ortsteile muss erhalten bleiben. Hierzu gehören entsprechende funktionierende Infrastrukturen wie Schule, Kindergärten und Vereinsleben. Wenn diese Infrastrukturen stimmen, steigert dies die Attraktivität der jeweiligen Ortsteile und damit der gesamten Stadt Overath. Es verschafft Wettbewerbsvorteile im Vergleich zu den Kommunen, die solche Investitionen nicht mehr vornehmen.

Für die konkrete Umsetzung ist dabei die in der letzten Bauausschusssitzung vorgestellte Variante, die einen separaten Versammlungsraum unterhalb der Versammlungsstättenverordnung beinhaltet, nach unserer Auffassung die eindeutig vorzugswürdigere Lösung. Zum einen wird damit der Bedarf des Ortes bzw. der Vereine nach einer Versammlungsstätte nahezu vollständig abgedeckt; es ist sogar möglich, sportliche und gesellschaftlich-kulturelle Veranstaltungen parallel durchzuführen. Zum anderen bedeutet er im tatsächlichen Kostenvergleich zu einer klassischen Mehrzweckfunktion eine Ersparnis von 200.000 €. Bezogen auf den Haushaltsplan bzw. die Finanzplanung kann die Gesamtsumme um ca. 122.000 € reduziert und dieser Betrag zugunsten der Schulpauschale im relevanten Haushaltsjahr 2011 verwendet werden. Damit wäre auch unserem steten Ansinnen Rechnung getragen, die Schulpauschale in geringst möglichem Umfang in Anspruch zu nehmen.

Im Ergebnis begrüßen wir daher die nunmehr entwickelte Lösung. Sie ist eine nachhaltig vernünftige Investition für die Zukunft.

In dieser Frage anderer Auffassung zu sein, ist legitim und insoweit Bestandteil der politischen Streitkultur. Gleichwohl ist die Vehemenz der Kritik, die dieses Projekt von Beginn an begleitet, sachlich nicht nachzuvollziehen angesichts der Tatsache, dass die Investitionsplanungen zu anderen Projekten Ausgaben in ähnlicher Höhe vorsehen, über deren Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit sich mindestens genauso trefflich diskutieren lässt.

b. Das Projekt Gut Eichthal beispielsweise wird die Stadt Overath mit einem Eigenanteil in Höhe von ca. 1 Mio € belasten. Die Folgekosten sind vorab kalkuliert, können jedoch keiner Vergleichskalkulation unterworfen werden und beinhalten zudem diverse Unwägbarkeiten. Die Kosten-Nutzen-Relation kann angesichts von 5 Baukörpern, 2 Brücken und einem hohen unterjährigen Pflege- und möglicherweise auch Instandhaltungsaufwand daher ebenso kritisch gesehen werden. Dennoch sind kritische Stimmen nicht ansatzweise so vernehmbar gewesen wie im Fall der Turnhalle Immekeppel. Es drängt sich daher die Vermutung auf, dass weniger das Projekt als solches, sondern vielmehr die diesen Prozess einleitende Dringlichkeitsentscheidung Grund für den massiv artikulierten Widerstand inkl. der Gründung der Initiative Bionus war. Letzterer treten wir im übrigen vorbehaltlos entgegen und unterstellen ihr ein ehrliches Interesse an der Haushaltsentwicklung der Stadt Overath. Kritische Nachfragen zu anderen ausgaberelevanten Projekten waren von dort bislang allerdings noch nicht zu hören.

Die Umsetzung des Projektes Gut Eichthal findet die mehrheitliche Zustimmung der CDU-Fraktion, auch wenn der zugrunde liegende Prozess insoweit zu kritisieren ist, als dass wir uns eine stärkere Mitbestimmung in der konkreten Umsetzung gewünscht hätten. Es ist grundsätzlich begrüßenswert, dass das Land NRW mit dem Grossprojekt Regionale 2010 nunmehr Förderung nicht mehr nur in den Ballungszentren, sondern auch - dem Projektnamen entsprechend - in der Region betreibt.

Allerdings waren die Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Overath nicht in dem Maße möglich, als dass die von Beginn kritisch betrachteten, weil kostenintensiven Bestandteile des Projektes diskutabel gewesen wären. Nach dem Motto „so oder gar nicht“ war seinerzeit zu entscheiden, ob dieses interkommunale Projekt realisiert werden sollte oder nicht. Eine Wahlmöglichkeit zu einer weniger kostenintensiven Variante bestand nicht. Mit der Erkenntnis von heute, dass der Fördergeber angesichts der desaströsen

kommunalen Finanzen nunmehr bei noch nicht begonnen bzw. bewilligten Projekten darüber nachdenkt, die Fördermittel zu erhöhen, oder aber geringer dimensionierte Ausführungen zuzulassen, hätten wir mit Sicherheit andere Anforderungen an das Projekt gestellt. Heute aus diesem Projekt noch auszusteigen ist angesichts der bereits getätigten Investitionen sowie der sich dann begründenden Rückzahlungsverpflichtung ebenfalls keine Alternative.

Es bleibt daher zu hoffen, dass dieses Projekt sowohl von den Schulen als auch von der Bevölkerung an sich als neuer Lernstandort und als neuer Freizeit- und Erholungsbereich in Overath gut angenommen wird. Insbesondere bleibt zu hoffen, dass die Folgekosten im kalkulierten Rahmen bleiben.

Auf die weiteren im Haushaltsjahr 2010 geplanten Investitionstätigkeiten erlaube ich mir nicht weiter eingehen zu müssen. Der Bau der Mensa im Schulzentrum Cyriax ist der erste Schritt einer notwendigen zukunftsorientierten Weiterentwicklung unserer Schullandschaft. Gleiches gilt analog für die Umgestaltung des Bahnhofgeländes.

Eine weitere wichtige infrastrukturelle Verbesserung würde eintreten, könnte wie geplant der Kreisverkehr an der Hauptstraße/ Siegburger Straße gebaut werden. Hier bleibt zunächst abzuwarten, in welchem Umfang das Land als Straßenbaulastträger sich an diesen Kosten beteiligen wird. Es wäre sehr erfreulich, würde die vom Kämmerer im Haushaltsplan dargestellte Baukostenerstattung in Höhe von 440.000,00 € Realität werden.

3. Ein weiterer Schwerpunkt des Haushalts bilden die jährlich wiederkehrenden Ausgaben in den Bereichen Soll-Aufgaben/freiwillige Aufgaben bzw. klassisch freiwillige Aufgaben.

Die finanziellen Spielräume in diesen Bereichen sind aufgrund der Nothaushaltssituation der Stadt Overath leider begrenzt. Nicht alle förderungswürdigen Institutionen und Vereine können hier angemessen durch Zuschüsse berücksichtigt werden. Nach Vorlage der erweiterten Fassung der freiwilligen Aufgaben durch den Kämmerer hat die Kommunalaufsicht für das Haushaltsjahr 2010 einen Rahmen der freiwilligen Aufgaben in Höhe von insgesamt gerundet 525.000,00 € akzeptiert. Über die Höhe der freiwilligen Aufgaben in den Finanzplanungsjahren 2011 bis 2016 konnte die Kommunalaufsicht keine Aussage machen. Dies bedeutet, dass in Institutionen, Verbänden und Vereinen für diese Planungsjahre leider keine Planungssicherheit gegeben werden kann.

Im Rahmen dieser begrenzten Möglichkeiten müssen daher Prioritäten gesetzt werden. Dabei wird die CDU-Fraktion wie in der Vergangenheit darauf achten, dass die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit im Mittelpunkt steht. Die verschiedenen ehrenamtlichen Tätigkeiten in den Verbänden und Vereinen sind in unserer Stadt unverzichtbar. Sie erfüllen dabei gesellschaftlich bedeutsame Anliegen und übernehmen in vielen Teilen Aufgaben, die ansonsten die Stadt Overath zutragen hätte, hierzu finanziell jedoch unstreitig nicht in der Lage wäre. Dies gilt insbesondere für die ehrenamtliche Jugendarbeit. Aus diesem Grunde haben wir beantragt, die Sportförderungszuschüsse an die Sportvereine dahingehend fortlaufend festzuschreiben, dass hierfür die seitens des Landes NRW gewährte Sportpauschale in vollem Umfang eingesetzt wird. Diese Maßnahme würde den Vereinen sowohl im Bereich der direkten Jugendförderung, als auch bei der Aufrechterhaltung ihrer Sportanlagen planbare Sicherheit geben. Wir hoffen, dass diese Notwendigkeit fraktionsübergreifend bestätigt wird, um ein deutliches Signal an unsere Sportvereine und deren ehrenamtliche Tätigkeit richten zu können.

Im Bereich der sogenannten Soll-Aufgaben, deren Angelegenheiten dem Grunde nach pflichtig, der Höhe nach jedoch freiwillig sind, stellen die Zuschüsse für die Offene Jugendarbeit und die Jugendberufshilfe seit Jahren die höchsten Ausgaben dar. An dieser Stelle sei zur Verdeutlichung der Wertschätzung dieser Einrichtungen einmal daran erinnert, dass die Stadt Overath als Vertragspartner des Trägers Kirchengemeindeverband 90 % der insgesamt anfallenden Kosten übernimmt.

Für das Haushaltsjahr 2010 sieht der Haushaltsplan im Vergleich zum Vorjahr eine Kürzung der Zuschüsse bei der OJO um circa 30.000,00 € auf 231.000,00 € vor. Bei der Jugendberufshilfe wäre eine Kürzung ebenfalls um circa 30.000,00 € vorgesehen.

Erfreulicherweise besteht Einigkeit in den Fraktionen, dass diese Kürzungen nach Möglichkeit rückgängig gemacht werden, jedenfalls aber auf ein verträgliches Maß reduziert werden müssen. In Anbetracht der von der Kommunalaufsicht vorgegebenen Höchstgrenze der freiwilligen Ausgaben hat die CDU daher beantragt, die Zuschüsse für die offene Jugendarbeit und Jugendberufshilfe auf insgesamt 300.000,00 € festzusetzen und den Haushaltsplan bis 2016 fortzuschreiben. Letzteres soll den Institutionen Planungssicherheit geben können. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Höhe nach unserem Antrag angeschlossen. Diese beantragten Zuschüsse wären die maximal möglichen Förderbeträge für den Fall, dass sich die Ausgaben lediglich als klassisch freiwillige Ausgaben darlegen ließen. Eine Beibehaltung des Niveaus von 2009 wäre dann leider nicht möglich.

Etwas Anderes würde sich möglicherweise dann ergeben, wenn die bislang als Zuschuss deklarierten Beträge im Rahmen der Soll-Ausgaben/freiwillige Ausgaben als Grundausrüstung festgelegt werden könnten, analog zu den Grundausrüstungen z. B. im Bereich der Schulen. Auch diese sind der Rubrik Soll-Aufgaben/freiwillige Ausgaben zuzuordnen. Dort sind Grundausrüstungen ebenfalls festgelegt worden.

Insoweit halten wir es für richtig, dass im Sinne des Antrages der SPD-Fraktion für die offene Jugendarbeit bzw. die Jugendberufshilfe eine Grundausrüstung basierend auf dem Haushaltsjahr 2009 festgeschrieben wird. Da die SPD einen notwendigen Deckungsvorschlag hierzu nicht vorlegen kann, werden wir dafür plädieren, diese Mehrkosten entsprechend unserem Antrag im Bereich des Jugendamtes und der Allgemeinen Sachaufwendungen einzusparen.

Perspektivisch, d.h. bezogen auf die Haushaltsjahre 2011 ff. wird die Verbandsumlage Musikschulzweckverband im Rahmen der freiwilligen Leistungen diskutiert werden müssen, zumal bereits entsprechende Beschlüsse in der Verbandsversammlung getroffen wurden. Verlässliche Aussagen hierzu können derzeit noch nicht gemacht werden. Es muss allerdings das Ziel sein, durch strukturelle Veränderungen Einsparungen zu erreichen.

Gemeinsame Anstrengung gilt es zu unternehmen, um das Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt Fundus aufrechterhalten zu können. Dieses Projekt kann systematisch nicht in den Bereich der Soll-Aufgaben übernommen werden. Aufgrund dieses Umstandes müssen Rat und Verwaltung im Sinne des Antrages der FDP alle Möglichkeiten eruieren, um den Fortbestand dieses Projektes zu sichern.

Es ließen sich selbstverständlich weitere Ausführungen zu verschiedenen Produkten des vorgestellten Haushalts machen, was an dieser Stelle indes zu weit führen würde.

Zusammenfassend kann jedoch festgestellt werden, dass trotz der bekannten finanziellen Notlage der Stadt sich Overath weiter entwickeln kann, auch wenn vieles nicht oder noch nicht in der gewünschten Form umsetzbar ist. Wir sind jedoch der Auffassung, auch mit diesem Haushalt grundsätzlich in die richtige Richtung zu gehen. Auf das notwendige gemeinsame Bemühen, Untersuchungen für nachhaltige Einsparungen vorzunehmen, hatte ich eingangs bereits hingewiesen. Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt daher in der Fassung der heutigen Beratung zustimmen.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei unserem Koalitionspartner FDP, mit dem auch in dieser Legislaturperiode eine vertrauensvolle und respektvolle Partnerschaft gepflegt wird. Wir sind davon überzeugt, auch in den kommenden Jahren gemeinsam verantwortungsvoll und gewinnbringend für die Stadt Overath da sein zu können.

Danken möchten wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Mit nachgewiesen wenig Personal ausgestattet und damit laut Prüfungsbericht der GPA insoweit in Nordrhein-Westfalen Spitzenwerte erzielend, bestätigen wir ihnen, gute qualifizierte Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in Overath zu erbringen. Dem Verwaltungsvorstand um Herrn Bürgermeister Andreas Heider danken wir für eine ebenfalls kooperative und – bis auf eine einzige Ausnahme – transparente Zusammenarbeit. Ein besonderes Wort des Dankes möchten wir unserem Kämmerer Klaus-Peter Schulz aussprechen, der sich in einem schwierigen Haushaltsjahr durch enormen Fleiß ausgezeichnet hat.

Den Fraktionen von SPD, Bündnis 90 /Die Grünen und BFO danken wir für den offenen politischen Dialog und das kollegiale Miteinander. Politisch unterschiedliche Positionen werden wir auch in Zukunft haben. Dies sollte uns jedoch nicht davon abhalten, gemeinsame Wege zu begehen, wo es möglich ist. Bei allem sollte es uns dabei stets um die Sache gehen. Wenn dies gelingt, werden wir eine gesunde politische Kultur pflegen können.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.